



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Rückkehrende Tierarten in Bayern-Managementplan „Wölfe in Bayern“ Stufe 2 endlich vorlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem besonderen Schutzstatus des Wolfes auch in Bayern ausreichend Rechnung zu tragen und den überfälligen Wolfs-Managementplan Stufe 2, mit besonderer Berücksichtigung der Information und Aufklärung der Bevölkerung, unverzüglich vorzulegen.

Weiterhin wird eine ausreichende Berücksichtigung der Prävention von Schäden in Verbindung mit einer angemessenen Entschädigungsregelung gefordert.

Der Managementplan ist umgehend dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz vorzustellen.

Begründung:

Der Wolf ist strengstens geschützt durch das Washingtoner Artenschutzabkommen, die Berner Konvention, die FFH Richtlinie und das Bundesnaturschutzgesetz. In Brandenburg aber auch in den südlichen Alpen ist seine Existenz inzwischen schon wieder Normalität. Seine Rückkehr nach Bayern ist sicher. Der Wolf ist eine so genannte prioritäre Art der FFH-Richtlinie in Europa. Damit ist die Bayerische Staatsregierung verpflichtet, seinen Erhaltungszustand zu fördern und für eine stabile Population auch in Bayern zu sorgen.

Die Rückkehr des Wolfes nach Bayern im Landkreis Rosenheim sorgt für große Unsicherheiten bei der Bevölkerung vor Ort, insbesondere bei den Bäuerinnen und Bauern sowie bei den Menschen, die vom Tourismus abhängig sind.

In vielen Teilen Deutschlands, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern oder auch in Italien, wurde die Thematik der Rückkehr großer Beutegreifer mittlerweile entschärft. Grund für die Entschärfung der Konflikte vor Ort war ein funktionierendes Management, welches seitens der bayerischen Staatsregierung bis heute nicht ausgearbeitet wurde.

Eine öffentliche Informationskampagne sowie eine verlässliche und angemessene Entschädigungspolitik müssen endlich vorgebracht werden, um u.E. beschämende Aktionen in der Vergangenheit (Problembrunnen, Problemwolf) künftig zu verhindern.